

Ressort: Politik

Wirtschaftsweise warnen Athen vor fatalen Fehlern im Schuldenstreit

Berlin, 20.02.2015, 17:30 Uhr

GDN - Vier deutsche Wirtschaftsweisen warnen die Griechen vor fatalen Fehlern im aktuellen Schuldenstreit. Die Regierung in Athen irre sich, wenn sie glaube, dass Griechenland unverzichtbar sei für die Währungsunion, schreiben die Mitglieder des deutschen Sachverständigenrats Lars Feld, Christoph Schmidt, Isabel Schnabel und Volker Wieland sowie der Generalsekretär des Rates, Benjamin Weigert, in einer aktuellen Analyse, die auf der Internetseite der F.A.Z. veröffentlicht wird.

Ein Euro-Ausscheiden Griechenlands würde den Währungsraum nicht zwingend schwächen. "In der aktuellen Situation könnte ein `Grexit` – letztlich unbeabsichtigt – sogar das Gegenteil bewirken. Er könnte die Glaubwürdigkeit des heutigen institutionellen Rahmenwerks stärken und so die Integrität des Euro-Raums festigen, statt außerhalb Griechenlands Chaos auszulösen" schreiben die Wirtschaftsweisen. Ihre Warnung ist eindeutig: "Griechenland hat eine Regierung gewählt, deren Handlungen die Situation deutlich zu verschlimmern drohen." Die griechische Regierung habe eine "fehlerhafte Analyse der wirtschaftspolitischen Alternativen und eine falsche Einschätzung der internationalen Verhandlungssituation" gemacht. Die vier Wirtschaftsprofessoren wenden sich gegen die Aussage vieler Politiker in der südeuropäischen Peripherie, dass die "Austeritätspolitik" in Griechenland gescheitert sei. Es habe in der vor fünf Jahren in Griechenland ausgebrochenen Haushalts- und Finanzkrise keine andere Möglichkeit bestanden als eine harte fiskalische Konsolidierung. Das wirtschaftliche Gesamtbild in Griechenland sei damals "katastrophal" gewesen – und nicht etwa die Sparpolitik habe es katastrophal gemacht. Die Wirtschaftsweisen warnen vor einer Abkehr des Kurses, der Konsolidierungspolitik mit Strukturreformen verknüpft. Wenn die anderen Euro-Regierungen dies in den Verhandlungen mit Griechenland zuließen, drohe eine politische Radikalisierung in anderen Krisenländern. Populistische Parteien würden dann vermeintlich einfache Wege aus der Krise und Scheinlösungen fordern. Dies wäre fatal für den Euroraum.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-50138/wirtschaftsweise-warnen-athen-vor-fatalen-fehlern-im-schuldenstreit.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619